

Statement der AIDS-Hilfe Frankfurt zur Lage im Bahnhofsviertel und dem Frankfurter Weg

Nein – die Zustände im Frankfurter Bahnhofsviertel sind für nichts und niemanden befriedigend, geschweige denn gesellschaftlich zu akzeptieren. Dies auf ein Scheitern des „Frankfurter Weges“ zurückzuführen oder ein Versagen der Hilfestrukturen zu unterstellen, ist ein verhängnisvoller Fehlschluss, welcher sich letztendlich in einer Zirkel-Debatte der politischen Schuldzuweisungen, einem unterstellten Verantwortungsversagen und Zuständigkeitsgerangel erschöpft und an den Zuständen nichts wirklich zu ändern vermag.

Die mediale Aufmerksamkeit einer, durch die coronabedingten Veränderungen der Alltagsrealität, wie durch ein Brennglas nun sichtbar gewordenen Grundproblematik der starken Verelendung von Menschen im öffentlichen Raum, ist nachvollziehbar aber verhängnisvoll. Denn der Eindruck eines unregelmäßig oder aufgegebenen Stadtteils wird durch die Beschreibungen und Bilder immer wieder neu ins Sensationelle gesteigert, wobei die seriöse journalistische Berichterstattung uns durch das tägliche Bulletin lediglich zu Recht daran erinnern, dass wir als Stadtgesellschaft kein städtisches Gebiet aufgeben und keine würdelosen Zustände zulassen sollten. Doch zur Wahrheit gehört: die Zustände dort sind nicht erst seit Corona beklagenswert.

Unter dem Label der verelendeten „Drogenabhängigen“ werden dabei bedauerlicherweise zu oft sämtliche im Frankfurter Bahnhofsviertel vertretenen und als problematisch empfundenen Personen subsumiert. Doch die Zustände im „Frankfurter Bahnhofsviertel“ werden von vielen relevanten Personengruppen beeinflusst, das reicht, um nur einige zu nennen, von den Anwohnern, Gewerbetreibenden und im Viertel arbeitenden Angestellten bis hin zu den Obdachlosen, den Alkohol und harte Drogen Konsumierenden, den ethnischen Minderheiten, den Geflüchteten, den feiernden Yuppies der Stadtgesellschaft, den organisierten Bettlergruppen, den Arbeitsmigranten, den Dealern und Kleinkriminellen, der Bordell- und Straßenprostitution, der Beschaffungskriminalität bis hin zu den Elandstouristen, die sich an der sichtbar gewordenen Verelendung mit selbst gedrehten Videos ihren „real life“- Kick holen.

Jede dieser Gruppen hat eigene Bedürfnisse, Interessen und Probleme, auf die jeweils ganz unterschiedlich zu reagieren ist.

Das über die Jahrzehnte fein austarierte System aus einem Nebeneinander von Wirtschafts-, Schattenwirtschafts-, Spekulations-, Migrations- und Rotlichtviertel ist vollends aus dem Gleichgewicht geraten. Hinzu kommt, dass durch die coronabedingten Maßnahmen zum Infektionsschutz im Rahmen des Lockdown alle gesellschaftlich relevanten regulatorischen Instanzen und Institutionen geschlossen wurden. Das reicht von der Gastronomie über die Bordelle und Tanzlokale, von den Büroräumen und Arbeitsplätzen bis hin zu den Märkten.

Was sich dort im Augenblick mit Fokus auf die Drogenszene zeigt, ist, neben vielen anderen Faktoren welche das Bahnhofsviertel als multikulturellen und multiethnischen Stadtraum auszeichnet, neben all den gesellschaftlichen Widersprüchen und dem lockdownbedingten Wegfall sozialer Kontrolle durch ein ausgleichendes Nebeneinander verschiedener Bevölkerungsgruppen, vor allem eines:

Der Versuch durch immer mehr Verdichtung von Hilfsangeboten auf gleicher Fläche, also einem mehr vom immer Gleichen, den Auswirkungen der Tatenlosigkeit anderer Verantwortungsträger städtischerseits etwas entgegenzusetzen. Ein geradezu homöopathisch zu nennendes, vergebliches Unterfangen, angesichts der infrastrukturellen Angebotswüste innerhalb und auch außerhalb der Frankfurter Stadtgrenzen.

Was ist nötig?

Es fehlt allen voran an geeignetem Wohnraum und Wohnformen, speziell auch für Menschen, die zum Teil noch nicht wohnfähig sind und einen entsprechenden Toleranzraum oder spezifischen Betreuungsbedarf nötig haben. Es fehlt an medizinischer Versorgung, vor allem an Ambulanzen, Krankenhäusern und Notfallstationen, die mit geschultem Personal und Erfahrung auch mit Patienten arbeiten wollen, die obdachlos sind oder zusätzlich auch mit einer Suchtproblematik vorstellig oder eingeliefert werden. Es braucht dringend eine funktionierende und ineinandergreifende Entlassungsvorbereitung für Menschen in Haft, damit sie nicht aus den Haftanstalten ohne Auffangnetz entlassen und damit direkt wieder auf die Drogenszene drängen, weil Anschlussversorgung fehlt oder nicht funktioniert.

Unbegreiflicherweise fehlt es im Stadtraum generell und besonders im Bahnhofsviertel an öffentlichen Toiletten.

Es fehlt an Unterstützerstrukturen auch über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus. Es braucht eine niedrigschwellige, wohnortnahe Originalstoffvergabe, damit nicht durch die Substitution mit Medikamenten, die ihrerseits wieder zu einem erhöhten Beigebrauch motivieren und somit oftmals der Stabilisierung und einem möglichen Ausstieg aus der Abhängigkeitsfalle im Wege stehen.

Es braucht ein entschiedenes und beherztes Vorgehen gegen den illegalen Markt und die kriminellen Versorgungsstrukturen und Netzwerke. Das setzt voraus, dass die Versorgungsstrukturen für Drogenkonsum nicht dem illegalen Markt überlassen und nicht von den Einrichtungen ferngehalten werden. Der Staat ist legislativ gefordert entsprechende, gesellschaftlich kontrollierte Angebote und Versorgungsstrukturen in seiner Verantwortung und nach seinen Regeln aufzubauen.

Auch eine abgestimmte Haltung in der Stadtgesellschaft über die Akzeptanz und Nutzung des öffentlichen Raumes steht noch aus. Der immer lauter werdende Ruf nach mehr Härte und Repression ist da nicht sonderlich hilfreich.

Erfreulicherweise herrscht in Frankfurt eine Zurückhaltung in der Durchsetzung ordnungsrechtlicher Belange gegenüber Menschen, die aufgrund unterschiedlichster Lebensweisen und Entscheidungswege aus der Kategorie für ein „geordnetes“ und regelbasiertes Leben und nicht selten auch einem selbstbestimmten Leben herausfallen. Hier zeigt sich der hohe Anspruch der Stadt, mit dem „Frankfurter Weg“ dem wachsenden Wunsch oder Druck nach Stadtraumkosmetik durch Verdrängung und härterem Durchgreifen etwas entgegenzusetzen. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass abweichendes Verhalten und Drogenkonsum zur Lebensrealität einer Gesellschaft dazugehören und nicht einfach durch Ge- und Verbote aus der Welt zu schaffen sind.

Vor dem Hintergrund, dass jedem Mensch in jeder Situation und unter allen Umständen Würde zugestanden und dafür gesorgt werden muss, dass diese nie in Frage zu stellen ist, hat man in Frankfurt vor mehr als 30 Jahren eine auf Hilfe, Schadensminimierung (Harmreduction) und Menschlichkeit setzende Infrastruktur, den vielzitierten „Frankfurter Weg“ aufgebaut, um drogengebrauchenden Menschen in ihren spezifischen Problemlagen Wege aus der eigenen Hilflosigkeit und den auch tatsächlich lebensbedrohlichen Umständen zu ermöglichen.

Das war nichts weniger als ein axiomatischer Systemwechsel: geboren aus der Not steigender Drogentodeszahlen und HIV- Infektionen, einer anwachsenden offenen Szene, kaum beherrschbarer Beschaffungskriminalität und der Erkenntnis, dass die jahrelange Praxis ineffektiver Hilfesysteme, gepaart mit Repression, Ausgrenzung, Strafverfolgung und Verdrängung, eben keine Entspannung der Situation erbrachte.

Es bleibt ein beispielgebender und historischer Verdienst der beteiligten Personen, Funktionsträger, Initiativen und städtischen wie politischen Verantwortlichen und hoch anzurechnen, diesen Paradigmenwechsel „vom Kriminellen zum Kranken“, der Hilfe auch ohne Abstinenzwillen benötigt, herbeigeführt zu haben.

Mit diesem Signal, auch über die Stadt-, Landes- und Bundesgrenzen hinaus, hat Frankfurt ein Zeichen gesetzt und gleichzeitig darauf vertraut, dass die ermutigenden und messbaren Erfolge dieses Weges (bspw. Reduzierung der Todesfälle von akut drogengebrauchenden Menschen, Reduzierung der HIV- und Hepatitis-Infektionszahlen) auch Einfluss auf eine nachhaltige Veränderung der bisherigen Strategien im Umgang mit vulnerablen Gruppen auf den Ebenen der staatlichen Repräsentanz in der legislativen, judikativen und exekutiven Ebene nach sich zieht. So war schon in den Anfangsjahren des „Frankfurter Weges“ klar, dass nur durch eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, beispielsweise des Betäubungsmittelgesetzes, des Umgangs der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, sowie der Umsetzung in nationalen und regionalen Hilfestrukturen, ein nachhaltiger Erfolg dieser Strategie gewährleistet werden kann.

Im Zuge der aktuellen Situation sollte, auch angesichts der derzeit viel diskutierten Zustände im Viertel, über den Aspekt der Repression bzw. der Durchsetzung von Verhalten im öffentlichen Raum neu verhandelt werden.

Der Frankfurter Weg im Umgang mit illegalem und legalem Drogengebrauch ist weit mehr als nur eine schlichte Verabredung zu mehr Prävention und weniger Repression. Er setzt ein Umdenken im Kopf aller Beteiligten voraus und öffnete damit neue Wege im Umgang mit dem Thema Sucht.

Die traurige Wahrheit bei all dem aber lautet: Man hat Frankfurt von allen Seiten im Stich gelassen. Bis heute steht die Stadt auf weiter Flur allein. Weder die Nachbarkommunen noch das Land Hessen, von den angrenzenden Bundesländern ganz zu schweigen, zeigen sich bereit, hier stärker zu investieren oder für die eigene Bevölkerung entsprechende Angebote und Strukturen vorzuhalten. Des Weiteren schauen viele Anbieter der Regelversorgung im sozialen oder Gesundheitsbereich gerne weg, wenn es darum geht, auffälliges oder wenig „Praxentaugliches“ Klientel auf- oder anzunehmen.

So ist das Bahnhofsviertel zu einer Art Totem Meer des Rhein-Main-Gebietes geworden.

Als tiefster Punkt unter dem Meeresspiegel der gesellschaftlichen Wirklichkeit sammeln sich hier die Problemlagen durch ungehinderte Zuflüsse, bilden sich subkulturelle und nicht legale Märkte und Infrastrukturen aus, bleiben den besonders vulnerablen Menschen nur diese wenigen Quadratkilometer als Heimstatt, Erwerbsquelle und als Lebensraum. Derweil ist das Mikroklima im Bahnhofsviertel unter dem Mangel an „Aus“-Wegen und mit den Verschärfungen durch die Corona Pandemie inzwischen längst gekippt.

Die im Frankfurter Bahnhofsviertel tätigen verschiedenen sozialen Träger der Drogen- und der Obdachlosenhilfe bieten dabei stetige, auch in Krisenzeiten wie Corona, verlässlich funktionierende Strukturen an differenzierten Hilfen für die jeweiligen Zielgruppen. An keinem einzigen Tag wurden Hilfsangebote geschlossen oder Menschen sich selbst überlassen. Während des Lockdown wurden allerdings sämtliche Anschluss- und behördlichen Infrastrukturwege von einem auf den anderen Tag heruntergefahren und zum Teil bis heute nicht wieder als Regelbetrieb zur Verfügung gestellt.

Um es deutlich zu sagen. Man hat in vielen Bereichen aufgrund von coronabedingten Abschottungen die Menschen buchstäblich vor die Tür und auf die Straße gesetzt und wundert sich nun, dass sie im Stadtraum sichtbar werden und sich ihre teils existenziellen Notlagen nicht mehr übersehen lassen.

Ein klares JA zum „Frankfurter Weg“, dass und ein mehr an Unterstützung durch Nachbargemeinden, Landkreise, der Landes- und Bundesregierung, braucht es, damit aus dem guten Ansatz auch dauerhafte Veränderungen werden können.

Gesetze müssen geändert, die Entkriminalisierung des Drogengebrauchs umgesetzt und die Voraussetzungen geschaffen werden, dass wohnortnahe Hilfe und Versorgung im Mittelpunkt steht und keine Delegation an und somit Konzentration von „Problemlagen“ in einzelnen Kommunen möglich ist. Es gibt keine Alternative zum Regionalitätsprinzip - das muss auch für die soziale Infrastruktur für besonders gefährdete Gruppen gelten.

Dazu zählt für die Drogenhilfe beispielsweise infrastrukturell: Konsumräume und Hilfsangebote für drogengebrauchende Menschen müssen bedarfsgerecht dringend bundesweit bereitgestellt bzw. verpflichtend vorgehalten werden. Dort muss nicht nur der Konsum, sondern auch der Erwerb von psychoaktiven Substanzen möglich sein (sogenannter Klein- oder Ameisenhandel/Hausdealermodelle).

Ebenso ist bundesweit ein differenziertes Angebot an Substitution und Originalstoffvergabe (bspw. Heroin, Cannabis, Kokain) für drogengebrauchende Menschen unter gesellschaftlicher Kontrolle von erfahrenen Suchtmediziner*innen, Suchttherapeut*innen und Mitarbeiter*innen der Drogenhilfe aufzubauen, um perspektivisch dem illegalen Markt und den kriminellen Strukturen die Basis ihres menschenverachtenden und gesundheitsschädigenden Geschäftsmodelles zu entziehen.

Auch die Qualitätsbewertung der im Umlauf/Handel befindlichen Substanzen durch mobile Laboreinheiten, sogenanntes „Drugchecking“, muss es aus Präventionsgründen endlich geben.

Zudem braucht es medizinische Angebote für Menschen in schwierigen Lebenslagen mit speziell dafür engagierten und ausgebildetem medizinischem Personal.

Erst Wohnraum, dann Stadtraum. Die Prioritäten sollten klar sein. Jeder Mensch sollte einen Platz zum Wohnen und Leben haben.

Klare Regeln für den öffentlichen Raum, was wird an Verhalten und an Nutzung des öffentlichen Raumes akzeptiert und was nicht. Es braucht Toleranzräume und keine Angsträume, mithin Orientierungsräume, die objektiv und subjektiv ein Gefühl der Sicherheit und der Freiheit vermitteln. Damit das funktioniert, muss Klarheit darüber hergestellt werden, wie die Regeln des Zusammenlebens umgesetzt und wie im Falle des Zuwiderhandelns darauf reagiert wird. Wer ist dafür zuständig, wer trägt die Verantwortung? Es braucht nicht ein Mehr an Repression, sondern eine deutliche Klarheit über die Grenzen der Akzeptanz.

Das Experiment „Frankfurter Weg“ ist keineswegs gescheitert. Er wurde bedauerlicherweise nicht in aller Konsequenz und mit dem nötigen Nachdruck zu Ende verfolgt. Es liegt an uns, aus den Versäumnissen und den Erfolgen der letzten 30 Jahre die richtigen Schlüsse zu ziehen und einer – auch hinsichtlich abweichender Lebensweisen – pluralen und diversen Realität pragmatisch und vor allem die Menschenwürde achtend zu begegnen, ohne die Hoffnung auf eine bessere Lebensperspektive – auch für die Entgleisten – aus dem Blick zu verlieren.

Es ist ein guter Zeitpunkt und alle Mühe wert, sich auf diesen Weg zu machen. Wir stehen dafür bereit.

Frankfurt, August 2020

Achim Teipelke

Geschäftsführer AIDS-Hilfe Frankfurt e.V.